



Konfuzius-Institute: Es gibt keine Einmischung aus China

Nachricht von Sevim Dagdelen, 10. September 2020

Bericht vom Fachgespräch „Konfuzius-Institute in Deutschland: Wie kann der deutsch-chinesische Wissenschaftsaustausch zu mehr Verständigung und Kooperation zwischen Deutschland und China beitragen?“ am 7. September 2020 im Deutschen Bundestag.

Die Konfuzius-Institute in Deutschland sind wichtige Foren des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs mit der Volksrepublik China. In Deutschland gibt es derzeit 19 Konfuzius-Institute. Sie sind Gemeinschaftsprojekte deutscher und chinesischer Universitäten, werden gemeinsam finanziert und geführt. Ihr Zweck ist es, Kenntnisse über chinesische Sprache und Kultur in Deutschland zu verbreiten. Sie bieten Sprachkurse und Veranstaltungen über China an, vermitteln Stipendien und Studienplätze. Soweit so vernünftig, angesichts der Notwendigkeit globaler Zusammenarbeit auf so vielen Feldern – könnte man meinen.

Doch die Konfuzius-Institute sind ins Fadenkreuz transatlantischer Geostrategen geraten. US-Präsident Donald Trump hat die Konfuzius-Institute in den USA quasi unter Spionage-Verdacht gestellt. Dort sollen

sie künftig nicht mehr als wissenschaftliche, sondern als Botschaftseinrichtungen behandelt werden.

Auch in Deutschland wird zunehmend Stimmung gegen die Konfuzius-Institute gemacht. So wird vor ideologischer Einflussnahme der KP Chinas auf die deutschen Universitäten und vor der Abschöpfung wissenschaftlicher Erkenntnisse gewarnt. Die Rufe nach Einstellung der Kooperation deutscher Universitäten mit den Konfuzius-Instituten werden lauter. Einige Universitäten erwägen bereits, dem Druck nachzugeben. Doch Mitte August haben sich auch die deutschen Professoren zu Wort gemeldet, die an den Konfuzius-Instituten lehren, und Stellung zu den Vorwürfen bezogen.

Die Fraktion DIE LINKE wollte aus erster Hand erfahren, die Konfuzius-Institute funktionieren, wer dort das Sagen hat und was dort gelehrt wird und hat daher Prof. Dr. Thomas Heberer, Deutscher Ko-Direktor des Konfuzius-Instituts Metropole Ruhr an der Universität Duisburg-Essen, und Prof. Dr. Mechthild Leutner, Vorstandsvorsitzende des Konfuzius-Instituts an der Freien Universität Berlin, am 7. September 2020 zu einem Fachgespräch in den Deutschen Bundestag eingeladen.

Prof. Heberer verwies auf die seit 1982 bestehende Partnerschaft der zentralchinesischen Stadt Wuhan mit der Ruhrmetropole Duisburg, mit seinem großen Binnenhafen einer der Endpunkte der „Neuen Seidenstraße“. 2009 sei auf Initiative des Oberbürgermeisters Adolf Sauerland der Trägerverein für ein Konfuzius-Institut Duisburg gegründet worden, aus dem Interesse heraus, China-Expertise in der Stadt zu bündeln. Den öffentlich und pauschal immer wieder erhobenen Vorwurf, die an den Konfuzius-

Instituten gelehrten Inhalte seien mehr oder weniger von der KP China, wies Prof. Heberer deutlich zurück: „Es gibt keine Einmischung aus China.“ Wer sage, es gebe eine Beeinflussung aus Peking misstrauete letztlich den China-Experten an deutschen Universitäten. Es gebe „keinerlei Belege für den Vorwurf der Einflussnahme, weder von den verschiedenen Landesregierungen noch seitens der Bundesregierung“, resümierte Prof. Heberer. Kritiker der Konfuzius-Institute lud er zum Austausch ein. „Wir sind offen, alle Themen und Fragen zu besprechen.“

Dem pflichtete Prof. Leutner bei, die auf die seit 1981 bestehenden Kooperationsbeziehungen der Freien Universität Berlin mit der Peking-Universität verwies, verschiedene Dialogformate skizzierte und an rund 300 gemeinsame wissenschaftliche Projekte erinnerte. Die Konfuzius-Institute seien eingetragene Vereine in Deutschland. „Wir arbeiten nach deutschen Regeln und deutschem Recht. Wir bestimmen das Programm.“ Sie sehe nicht, wie die chinesischen Partner Einfluss nehmen sollten und könnten. Die diesbezüglich erhobenen Vorwürfe seien „reine Meinungsmaße“. Prof. Leutner konstatierte die überwiegend negativ konnotierte Berichterstattung in der Presse. „Unsere Aufgabe ist es, hier aufklärerisch zu wirken“, so Prof. Leutner. Die Kampagne gegen die Konfuzius-Institute nannte sie einen „Stellvertreterkrieg“, weil man an anderer Stelle gegen China nicht vorankomme.

Prof. Heberer wie auch Prof. Leutner verwiesen auf die negativen Folgen des politischen Drucks auf die Konfuzius-Institute für das wissenschaftliche Arbeiten. „Wir stehen unter Druck, ein negatives China-Setting zu betreiben. Wer bestimmte Bilder nicht bedient und dem Druck nach undifferenzierter Parteinahme gegen China nicht nachgibt, läuft Gefahr, als ‚China-Versteher‘ gebrandmarkt zu werden“, so Prof. Leutner. Letztlich werde die Arbeit im deutsch-

chinesischen Wissenschaftsaustausch nicht anerkannt und diskreditiert. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler würden so massiv verunsichert.

Es sei eine „bittere Ironie“, sagte Sevim Dagdelen, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss und Moderatorin des Fachgesprächs, „dass diejenigen, die den Konfuzius-Instituten politischen Einfluss vorwerfen, ihrerseits versuchen, durch politischen Druck Agenda-Setting zu betreiben“. Angesichts der Bedeutung der deutsch-chinesischen Beziehungen brauche es „nicht weniger, sondern mehr Konfuzius-Institute“.